

Sachsen glänzt im Netz

von Thomas Weber

Landesverwaltung und Kommunen in Sachsen gehen beim E-Government gemeinsam voran. Eine Vernetzung nicht nur technischer Art bildet die Grundlage der Zusammenarbeit. Erfolgreiche Projekte zeigen: Der Freistaat ist auf dem richtigen Weg.

Nahezu alle Verwaltungen in Sachsen durchlaufen derzeit einen tiefgreifenden Wandel, der sowohl Selbstverständnis als auch Aufgabenwahrnehmung betrifft. Der Bevölkerungsrückgang und die Altersstrukturen in den Verwaltungen, aber auch organisatorische Gegebenheiten wie die Gemeinde- und Kreisgebietsreformen und vergrößerte Struktureinheiten, der regionale und europäische Wettbewerb um Ansiedlungen sowie ganz akute Zwänge als Folge der Finanzkrise forcieren diesen Prozess.

Mit E-Government versprechen Politik und Markt die Lösung vieler, wenn nicht aller Probleme. Im Kern zielt E-Government dabei auf ein grundsätzlich geändertes Rollenverständnis der IT in den Verwaltungen ab – die IT ist nicht mehr als Verwaltungshilfsdienstleistung, sondern als strategisches Werkzeug der Verwaltungsentwicklung und -modernisierung zu begreifen. In Sachsen hat dieser Erkenntnisprozess eine Geschichte. Bereits in den Jahren 2003/2004 haben sich Staats- und Kommunalverwaltungen auf den Weg gemacht. Jeweils

ein staatlicher und ein kommunaler E-Government-Fahrplan standen als Teile eines gemeinsamen Masterplans für die strategische Entwicklung von E-Government.



Startschuss für das Sächsische Verwaltungsnetz im Jahr 2008.*

Die Parallelität führte zu suboptimalen Verhältnissen – einzelne Projekte waren schneller umgesetzt als die für den Projekterfolg notwendigen zentralen Komponenten. Schnell verständigten sich beide Seiten daher auf eine noch engere Verzahnung der gemeinsamen Aktivitäten.

Ausdruck und politische Autorisierung fand dies in der gemeinsamen Erklärung „Sachsen Interaktiv 2.0“ der kommunalen Landesverbände und der Staatsregierung. Diese Erklärung umfasste auch den

Willen zum Aufbau einer gemeinsamen Projektorganisation und zu verstärkter Kommunikation und Koordinierung des weiteren Vorgehens. Im Jahr 2009 schließlich verabschiedete das Kabinett ein ebenfalls kooperativ entwickeltes Grundsatzpapier, die „E-Government-Strategie für den Freistaat Sachsen“. Eckpunkte dieser Strategie sind unter anderem die Vermeidung kostspieliger Doppel- oder Parallelentwicklungen und die konsequente Nachfrageorientierung. Auch sollen in der Fläche entstandene Insellösungen zu zukunftsfähigen, vernetzten und standardisierten E-Government-Angeboten verknüpft werden.

Gegenwärtig geht es nun darum, diese Strategie in konkreten Projekten umzusetzen, Organisation, Finanzierungsoptionen und Partner zusammenzubringen und dabei auf dem bereits Erreichten aufzusetzen:

- Für kommunales E-Government stehen bereits etwa 50 Lösungen

* Joachim Langmack, T-Systems Enterprise Services, und Dr. Albrecht Buttolo, damaliger Sächsischer Staatsminister des Innern.

und Konzepte zur Nachnutzung zur Verfügung.

- Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR) hat sich als ein wesentlicher Treiber für die IT-gestützte Verwaltungsmodernisierung erwiesen. Den Schwung gilt es zu nutzen und darauf aufzubauen.
- Geodaten-Infrastrukturen stehen mit der Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie vor der flächendeckenden Einführung. Mit der konsequenten Dienstorientierung sind sie technologisch klassischen E-Government-Angeboten in Teilen bereits voraus.
- Das Sächsische Verwaltungsnetz und das Kommunales Datennetz stellen moderne und sichere Netzinfrastrukturen bereit. Von Basiskomponenten wie einem Formularservice, dem Amt24 als Lebenslagenportal und Zuständigkeitsfinder, Online-Komponenten für elektronische Signaturen oder Zahlungsverkehr profitieren alle sächsischen Akteure gleichermaßen.

Die Umsetzung der Strategie erfordert aber auch eine sehr pragmatische und vernetzte Zusammenarbeit einer Vielzahl kommunaler und staatlicher Akteure. Das Staatsministerium der Justiz und für Europa koordiniert mit dem Beauftragten der Staatsregierung für Informationstechnologie an der Spitze die strategische Entwicklung

der IT und des E-Government im Freistaat insgesamt. Die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) nimmt in diesem Kontext eine wichtige Rolle ein. Per Gesetz als neutrale und unabhängige Beratungs- und Koordinierungseinrichtung für IT-Anliegen kommunaler Verwaltungen gegründet, agiert die SAKD gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden an den vielfältigen Schnittstellen zwischen Kommunen, Freistaat und Wirtschaft. Mit ihrer fachlichen Expertise ist die SAKD ein wichtiger Wissensträger und Multiplikator für Kommunen in Sachen IT, Verwaltungsmodernisierung und E-Government. Kommunale IT-Dienstleister wie der Zweckverband KISA, die IT-Dienstleister der großen Städte wie der IT-Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Dresden oder die Firma Lecos als Dienstleister der Stadt Leipzig arbeiten unmittelbar am kommunalen Kunden und bringen dessen Bedarfe in strategische Überlegungen mit ein.

Erfolgreiche Projekte belegen beispielhaft die Wirksamkeit dieser praktischen Zusammenarbeit. Die Landeshauptstadt Dresden und weitere kommunale Verwaltungen haben im Auftrag des Freistaats Verwaltungsverfahren und -prozesse zur EU-DLR erhoben und beschrieben. Prozessmodelle und -netze wurden entwickelt, im Vogtlandkreis sowie in weiteren Kommunen verifiziert und standen anschließend allen Kommunen und Landesbehörden zur Verfügung. Aus den Erfahrungen und anhand der von der SAKD entwickelten IT-Rahmenarchitektur zur EU-DLR konzipieren kommunale Partner gegenwärtig standardisierte Angebote für „One-Stop-E-Gov-Shops“ unter weitgehender Nutzung

zentral bereitgestellter Komponenten. Die Stadt Leipzig entwickelt eine standardisierte Lösung für die Kommunikation und Datenübermittlung aller sächsischen Gesundheitsämter mit den zuständigen staatlichen Behörden.

Interessant in Zeiten knapper Kassen: Für kommunale E-Government-Projekte stehen im Rahmen eines EU-kofinanzierten Förderprogramms mehrere Millionen Euro zur Verfügung. Ziel des Programms ist die Entwicklung und Einführung kooperativ nutzbarer E-Government-Angebote für alle kommunalen Gebietskörperschaften. Damit will Sachsen mehr und mehr Verwaltungsleistungen online für Bürger und Unternehmen sowie medienbruchfrei innerhalb der Verwaltungen anbieten.

One Stop Government ist im Freistaat Sachsen nicht mehr nur Fiktion, sondern wird mehr und mehr Realität. Das No Stop Government steht bereits vor der Tür: Verwaltungsleistungen, transparent eingebettet in Anliegen von Bürgern und in Wertschöpfungsketten von Unternehmen. Die integrierte und standardisierte Vorgangsbearbeitung nicht nur innerhalb einer Verwaltung, sondern ebenenübergreifend bis hin zu Partnern in der Wirtschaft wird bereits gedacht, konzipiert und schrittweise umgesetzt. Der Freistaat verfügt über die erforderlichen Strategien, die Infrastrukturen, das Know-how und leistungsfähige Akteure auf allen Verwaltungsebenen, um dieses ehrgeizige Ziel umzusetzen.

Thomas Weber ist Direktor der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD).

Link-Tipp

Das sächsische Lebenslagenportal:

- www.amt24.sachsen.de

Umfassende Informationen über E-Government im Freistaat:

- www.egovernment.sachsen.de

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.